

Ihre persönliche "Fusionsbilanz" zur Stadt Böhmetal

aus "Abschluss-Bericht der KGSt"
vom 30.06.2008

Themenbeschreibung	Zustimmungsgrad in Schulnoten					
	1	2	3	4	5	6
01 Die Dienstleistungsqualität der neuen Stadt wird deutlich verbessert, weil die Bürgerinnen und Bürger in allen drei Bürgerzentren alle für sie relevanten Dienstleistungen in Anspruch nehmen können.						
02 Personalausfälle , aus welchen Gründen auch immer, können in der neuen Stadt besser kompensiert werden.						
03 Die Wirtschaftlichkeit des Handelns wird in vielen Bereichen erhöht, insbesondere dort, wo Massengeschäfte anfallen.						
04 Die Kosten für das Handeln der politischen Vertretungsorgane werden sich reduzieren.						
05 Trotz eines personell verkleinerten Rates werden die bürgerschaftlichen Interessen weiterhin angemessen durch die Ratsvertreter (in Zusammenarbeit mit den Ortsvorstehern) politisch wahrgenommen.						
06 Im Verhältnis zu den anderen kreisangehörigen Kommunen und dem Landkreis wächst die Bedeutung der neuen Stadt.						
07 Die neue Stadt hat in Bezug auf die Wahrung ihrer Interessen in der Region und darüber hinaus deutlich verbesserte Chancen wahrgenommen zu werden.						
08 Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eröffnen sich durch die neue Stadt bisher nicht denkbare Entwicklungschancen.						
09 Die neue Stadt wird auf neue inhaltliche und/oder finanzielle Herausforderungen variantenreicher und damit weniger anfällig reagieren können.						
10 Die Erreichbarkeit der neuen Stadtverwaltung wird für die Bürgerinnen und Bürger in vielen Bereichen verbessert.						
11 Für ansiedlungswillige Unternehmen wird die neue Stadt ein attraktiverer Verhandlungspartner die im Wettbewerb mit anderen Kommunen bessere Chancen hat.						
12 Die sich abzeichnenden Vorschläge zu den Regelungen im Gebietsänderungsvertrag , werden die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, der Verbände, der Vereine, der Kammern und aller sonstigen Institutionen umfassend gewahrt.						
13 Die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Ortschaft bleibt vollständig erhalten.						
14 Der Einfluss der bürgerschaftlichen Vertretung auf die Entwicklung der Stadt und das nähere Umfeld wird durch die veränderte Größe der neuen Stadt erhöht.						

Themenbeschreibung	Zustimmungsgrad in Schulnoten					
	1	2	3	4	5	6
15 Die neue Stadt als Einheitsgemeinde wird bezogen auf ihre finanziellen Ressourcen verbessert ausgestattet sein.						
16 Aufgrund ihrer Größe und damit verbundenen ihrer verbesserten Leistungskraft, wird die neue Stadt den Herausforderungen zur Bewältigung der demografischen Entwicklung intern und extern besser entgegentreten können.						
17 Das erhöhte Leistungspotenzial der neuen Stadt werden die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar bzw. mittelbar zu spüren bekommen.						
18 Die neue Stadt in der Organisationsform einer Einheitsgemeinde hat deutliche Vorteile gegenüber einer Samtgemeinde .						
19 Wenn nach dem formalen Beschluss zum Zusammenschluss unmittelbar den Empfehlungen zur Organisation der Übergangsphase gefolgt wird, ist sichergestellt, dass die Interessen sowohl der einzelnen „Alt-Kommunen“ als auch der neuen Stadt gewahrt bleiben.						
20 Ein Stellenmehrbedarf zur Organisation der neuen Stadt und weitere Einmal-Kosten (i. S. v. Planungs- und Realisierungskosten) werden mitgetragen, weil sie unvermeidbar sind.						
21 Die Organisationsstruktur der neuen Stadtverwaltung ist schlank, transparent und für zukünftig erforderliche Anpassungsnotwendigkeiten flexibel ausgestaltet.						
22 Durch den fusionsbedingt ermittelten reduzierten Stellenbedarf ergeben sich finanzielle Handlungsspielräume für fachlich-inhaltliche Aktivitäten.						
23 Die bisher geleisteten Arbeiten zur interkommunalen Entwicklungsplanung der drei Kommunen können vollständig weitergenutzt werden, so dass sich die Entwicklung der neuen Stadt nahtlos an die bisher avisierten Zielsetzungen anschließen wird.						
24 Nach einem Zusammenschluss werden die Aspekte „ bürgerschaftlich- demokratische Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten “, „ rationellere Aufgabenerfüllung “ und „ Erhalt bzw. Verbesserung der Dienstleistungsqualität “ in einem verbesserten Verhältnis zueinander stehen, als zum derzeitigen Zeitpunkt.						
25 Die Durchführung einer gleichlautenden Bürgerbefragung in allen drei Kommunen stellt sicher, dass die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben.						
Auswertung (zählen Sie die Kreuze je Spalte)						